



Zielvereinbarung

zwischen dem

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

vertreten durch Frau Staatssekretärin Leonie Gebers

und dem

**Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und
Tourismus des Landes Schleswig-Holstein**

vertreten durch Herrn Staatssekretär Dr. Thilo Rohlf

zur Erreichung der Ziele der Grundsicherung für Arbeitsuchende

durch zugelassene kommunale Träger

im Land Schleswig-Holstein

im Jahr 2018

Inhalt

I. Grundsätze.....	3
II. Rahmenbedingungen	4
III. Vereinbarungen.....	6
§ 1 Verpflichtung der Vereinbarungspartner	6
§ 2 Haushaltsmittel, ökonomische Eckwerte und gesetzliche Neuregelungen	7
§ 3 Ziele, Zielindikatoren und Ergänzungsgrößen	7
1. Verringerung der Hilfebedürftigkeit.....	7
2. Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit.....	7
3. Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug.....	8
4. Verbesserung der Integration von Erziehenden in Erwerbstätigkeit	8
5. Verbesserung der Verknüpfung kommunal- und bundesfinanzierter Eingliederungsleistungen	8
§ 4 Dialoge zur Zielerreichung.....	9

Gemäß § 48b Abs. 1 S. 1 Nr. 3 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) schließt
das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)
mit dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes
Schleswig-Holstein (MWVATT)
zur Erreichung der Ziele der Grundsicherung für Arbeitsuchende
hinsichtlich der Leistungserbringung durch die zugelassenen kommunalen Träger
für das Jahr 2018 folgende

Zielvereinbarung

I. Grundsätze

Die Aufnahme und Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit, die Erhaltung, Verbesserung oder Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit sowie die Unabhängigkeit von staatlichen Hilfeleistungen sind die zentralen Anliegen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II). Diese Zielvereinbarung ist deshalb darauf ausgerichtet, möglichst viele Leistungsberechtigte dauerhaft in existenzsichernde Erwerbstätigkeit einzugliedern und die Hilfebedürftigkeit insgesamt zu vermindern. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Vermeidung und Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit gelegt. Die Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt ist als Querschnittsaufgabe gemäß § 1 Abs. 2 Satz 3 SGB II durchgängig zu berücksichtigen.

Die Überwindung von Hilfebedürftigkeit setzt im Regelfall eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit voraus. Die Anstrengungen der Beteiligten sind daher in erster Linie hierauf auszurichten. Hierbei fördern sie verstärkt auch Frauen in Bedarfsgemeinschaften mit Kindern und nehmen deren berufliche Integration in den Fokus. Die Eigenverantwortung der Leistungsberechtigten und der mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen soll hierbei gestärkt werden. Zudem sollen Arbeitsplätze bei regionalen Unternehmen von den Trägern systematisch für alle erwerbsfähigen Leistungsberechtigten erschlossen werden. Die gemeinsamen Anstrengungen aller Beteiligten tragen dazu bei, Hilfebedürftigkeit zu vermeiden, zu verkürzen und zu vermindern.

Diejenigen Leistungsberechtigten, die nicht unmittelbar in Erwerbstätigkeit vermittelt werden können, sollen niedrigschwellige Angebote erhalten, die ihre Beschäftigungsfähigkeit

verbessern und perspektivisch die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ermöglichen. Hierbei sollen die Träger insbesondere auch gesundheitliche Handlungsbedarfe berücksichtigen.

Die Integration in das Erwerbsleben ist eine der vordringlichsten Maßnahmen zur Förderung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen nach der UN-Behindertenrechtskonvention. Daher ist es wichtig, Belange von Menschen mit Behinderungen zu erkennen, sie fachkundig zu beraten und zu vermitteln.

II. Rahmenbedingungen

Bundesebene:

Die ökonomischen Rahmenbedingungen für die Umsetzung des SGB II stellen sich für das Jahr 2018 gemäß Herbstprojektion der Bundesregierung sowie der Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) weiterhin sehr positiv dar. Die deutsche Wirtschaft wird von einem welt- und binnenwirtschaftlichen Wachstum getragen und befindet sich trotz der gedämpften internationalen Perspektiven auf einem guten Weg.

Die Bundesregierung geht von einem Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 2 Prozent im Jahr 2017 und um 1,9 Prozent im Jahr 2018 aus. Die Prognosen des IAB sind nahezu identisch (Anstieg 2017: 1,9 Prozent und 2018: 1,7 Prozent).

Aus Sicht des IAB befindet sich die Konjunktur weiter im Aufschwung. Große Herausforderung für Deutschland bleibt die Flüchtlingsmigration aus Krisengebieten.

Der Arbeitsmarkt befindet sich weiter im Aufwärtstrend. Das IAB sieht den Arbeitsmarkt daher auch für die fortdauernde Herausforderung der Flüchtlingsmigration gut gerüstet.

Das IAB prognostiziert für 2018 eine Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen um 545.000 auf über 44,8 Mio. Die Bundesregierung geht in ihrer Herbstprojektion parallel von knapp 44,8 Mio. Erwerbstätigen im Jahr 2018 aus (Anstieg um 495.000 Erwerbstätige).

Wegen der insgesamt erwarteten günstigen konjunkturellen Entwicklung wird trotz der besonderen Situation infolge der Beeinflussung der Arbeitslosenzahlen durch Zugewanderte mit einem weiteren Rückgang der Arbeitslosigkeit gerechnet. Die Arbeitslosigkeit wird nach Schätzung des IAB im Jahresdurchschnitt 2017 um 151.000 auf 2,54 Mio. sinken. Für das Jahr 2018 geht das IAB von einer jahresdurchschnittlichen Senkung um 60.000 auf 2,48 Mio. Personen aus. Trotz dieser positiven Entwicklung bleiben nach Einschätzung des IAB strukturelle Probleme auf dem Arbeitsmarkt bestehen. Insbesondere im Rechtskreis SGB II bleibt die Integration in Erwerbstätigkeit eine Herausforderung. Dort rechnet das IAB 2018 mit einem geringeren Rückgang der Arbeitslosigkeit als im Rechtskreis SGB III.

Die Bundesregierung geht von 2,536 Mio. Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2017 aus. Für 2018 erwartet sie ein Absinken um 70.000 Personen auf 2,466 Mio. Arbeitslose.

Für die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II geht das IAB für das Jahr 2017 von einem jahresdurchschnittlichen Bestand von 4,38 Mio. aus. Für das Jahr 2018 erwartet das IAB einen bundesweiten Anstieg um 0,2 Prozent auf einen jahresdurchschnittlichen Bestand von 4,39 Mio. erwerbsfähige Leistungsberechtigte.

Landesebene:

Das schleswig-holsteinische Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist nach ersten Berechnungen im ersten Halbjahr 2017 um 1,7 Prozent real gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum gewachsen. Das Wachstum liegt somit etwas unter dem kräftigen deutschen BIP-Wachstum von 2,0 Prozent real. In laufenden Preisen betrug das Wachstum des BIP 3,2 Prozent, das entspricht genau dem nominalen deutschen BIP-Wachstum. Beim Ranking der Bundesländer nach dem realen BIP-Wachstum im ersten Halbjahr 2017 liegt Schleswig-Holstein im Mittelfeld.

Erfreulich ist die Entwicklung der realen Bruttowertschöpfung (BWS) im verarbeitenden Gewerbe, die im ersten Halbjahr 2017 um 4,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahreswert deutlich gewachsen ist (Deutschland: +2,1 Prozent). Der Auftragsbestand in der Industrie ist zudem gegenüber dem ersten Halbjahr 2016 um 7,6 Prozent gestiegen, das ist ein gutes Indiz dafür, dass die starke Konjunktur stabil bleibt. Dämpfenden Einfluss auf das BIP-Wachstum hat der Rückgang der BWS im Energiebereich um 11,4 Prozent (Deutschland: +2,8 Prozent). Grund hierfür ist, dass das Kernkraftwerk Brokdorf fast das ganze erste Halbjahr in Revision war. Der Zuwachs der BWS im Bereich der erneuerbaren Energien konnte das nicht überkompensieren. In den Jahresdaten für 2017 wird dieser Effekt zwar abgeschwächt sein, aber immer noch zum Tragen kommen. Das Baugewerbe in Schleswig-Holstein hat im ersten Halbjahr 2017 einen Anstieg der realen BWS um 3,6 Prozent zu verzeichnen (Deutschland: +3,6 Prozent). Die Bauunternehmen reagieren auf die anhaltend hohe Nachfrage und hohe Kapazitätsauslastung der vergangenen Jahre und stocken ihre Kapazitäten auf. Der Preiseffekt bleibt aber bei weiterhin hoher Auslastung kräftig; in laufenden Preisen ist die BWS in der Bauwirtschaft um 8,2 Prozent gestiegen. Der Dienstleistungsbereich trägt mit 1,7 Prozent BWS real zum Wirtschaftswachstum bei und bewegt sich ungefähr mit der gesamtdeutschen Entwicklung (+1,9 Prozent).

Die Unternehmen in SH zeigen sich derzeit ausgesprochen optimistisch. Der IHK-Konjunkturklimaindex ist zuletzt mit 124 Punkten auf seinen höchsten Wert seit drei Jahren gestiegen. Insgesamt bewerten im dritten Quartal 48,2 Prozent der Unternehmer ihre Lage als

gut, 45,2 Prozent als befriedigend und nur 6,4 Prozent als schlecht. Insbesondere die Hersteller von Investitionsgütern und die Bauwirtschaft beurteilen ihre Lage derzeit überdurchschnittlich positiv. Das passt zu der Beobachtung, dass die Investitionstätigkeit in Deutschland insgesamt endlich angezogen hat.

Dank gut gefüllter Auftragsbücher fällt auch die Beurteilung der Geschäftserwartungen optimistisch aus. 22,6 Prozent der Unternehmen erwarten eine weitere Verbesserung, 63,7 eine gleichbleibende Lage und nur 13,7 Prozent rechnen mit einer ungünstigeren Entwicklung. Das spiegelt sich auch in der großen Bereitschaft der Unternehmen, Arbeitsplätze zu schaffen. Allerdings sehen rund die Hälfte der Unternehmen den Fachkräftemangel als das größte Risiko für die eigene wirtschaftliche Entwicklung.

Finanzielle Rahmenbedingungen:

Die finanziellen Rahmenbedingungen für das Jahr 2018 sind aufgrund der sachlichen Diskontinuität infolge der Bundestagswahl vom 24. September 2017, der auch der erste Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2018 unterworfen ist, und der damit einhergehenden Phase der vorläufigen Haushaltsführung zu Beginn des Jahres 2018 nicht abschließend bekannt. Nach dem ersten Entwurf der Bundesregierung zum Bundeshaushalt 2018 (Kabinettsbeschluss vom 28. Juni 2017) ergeben sich folgende vorläufige Mittelansätze für die aktiven Leistungen: Der Ansatz für den Eingliederungstitel 2018 auf Bundesebene beläuft sich auf knapp 4,19 Mrd. Euro, der Ansatz für die Verwaltungskosten auf knapp 4,56 Mrd. Euro.

III. Vereinbarungen

§ 1 Verpflichtung der Vereinbarungspartner

- (1) Das BMAS und das MWVATT setzen sich dafür ein, dass die in § 3 zu den landesweiten Zielen für die zugelassenen kommunalen Träger vereinbarten Zielaussagen erreicht werden. Die Maßnahmen zur Zielerreichung erfolgen wirkungsorientiert und wirtschaftlich.
- (2) Die zuständige Landesbehörde schließt zu diesem Zweck gem. § 48b Abs. 1 S. 1 Nr. 4 SGB II Zielvereinbarungen mit den zugelassenen kommunalen Trägern ab.

§ 2 Haushaltsmittel, ökonomische Eckwerte und gesetzliche Neuregelungen

(1) Die Haushaltsansätze für die zugelassenen kommunalen Träger für das Jahr 2018 können zum Zeitpunkt des Abschlusses der Zielvereinbarung aufgrund des fehlenden Haushaltsgesetzes 2018 noch nicht abschließend beziffert werden und werden nachgereicht. Für den jetzigen Arbeitsstand wird auf die Eingliederungsmittel-Verordnung 2018 verwiesen.

(2) Die Auswirkungen von gesetzlichen Neuregelungen werden berücksichtigt.

§ 3 Ziele, Zielindikatoren und Ergänzungsgrößen

(1) Das BMAS und das MWVATT vereinbaren sich zu folgenden Zielen:

1. Verringerung der Hilfebedürftigkeit

Ziel ist es, dass erwerbsfähige Leistungsberechtigte ihren Lebensunterhalt unabhängig von der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten, damit die Hilfebedürftigkeit insgesamt verringert wird.

Für die Nachhaltung der Erreichung dieses Ziels wird im Vergleich zum Vorjahr die Entwicklung der Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt im Rahmen eines Monitorings beobachtet.

Weiterhin soll im Monitoring der Einfluss der Qualität der Integrationen auf die Entwicklung der Hilfebedürftigkeit betrachtet werden. Hierzu werden die Nachhaltigkeit der Integrationen und bedarfsdeckende Integrationen beobachtet. Darüber hinaus wird besonderes Augenmerk auf die Integrationsquote der Langzeitleistungsbeziehenden sowie auf die Zahl der Langzeitleistungsbeziehenden, die seit vier Jahren oder länger als erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Hilfebezug sind, gelegt.

2. Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit

Ziel ist es, die Hilfebedürftigkeit zu vermeiden oder zu überwinden. Dies soll vor allem durch die Erhöhung der Zahl der Integrationen in Erwerbstätigkeit erfolgen. Zielindikator für dieses Ziel ist die Integrationsquote. Der Anteil von Frauen insbesondere in Partner-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern an den Integrationen soll 2018 erhöht werden. Hierfür werden im Monitoring die Integrationsquoten von Frauen und Männern in den verschiedenen Bedarfsgemeinschafts-Typen getrennt betrachtet.

Das Ziel ist im Jahr 2018 erreicht, wenn sich die Integrationsquote der zugelassenen kommunalen Träger des Landes Schleswig-Holstein im Durchschnitt um mindestens 1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr erhöht.

3. Vermeidung von langfristigem Leistungsbezug

Ziel ist die Vermeidung und Verringerung von Langzeitleistungsbezug. Der Prävention und der Beendigung des Langzeitleistungsbezugs soll weiterhin erhöhte Aufmerksamkeit zukommen. Damit wird zugleich ein Beitrag zum generellen Ziel des SGB II geleistet werden, die Dauer des Hilfebezugs zu verkürzen, die Entstehung von Langzeitleistungsbezug zu verhindern und die sozialen Teilhabechancen sowie die Beschäftigungsfähigkeit auch für marktbenachteiligte Leistungsberechtigte zu verbessern.

Das Ziel ist im Jahr 2018 erreicht, wenn sich der durchschnittliche Bestand an Langzeitleistungsbeziehenden der zugelassenen kommunalen Träger des Landes Schleswig-Holstein gegenüber dem Vorjahr um maximal 2,2 Prozent erhöht. Im Monitoring werden die Langzeitleistungsbeziehenden mit Asyl-/ Fluchthintergrund gesondert analysiert.

4. Verbesserung der Integration von Erziehenden in Erwerbstätigkeit

Der Integration von Erziehenden, insbesondere Alleinerziehenden, in Erwerbstätigkeit soll besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dazu soll im Jahr 2018 neben der Ergänzungsgröße „Integrationsquote der Alleinerziehenden“ nach § 5 Abs. 2 Nr. 4 Kennzahlen-VO auch die Integrationsquote von Frauen in Partner-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern im Vergleich zum Vorjahr in ihrem Verlauf beobachtet und an die allgemeine Integrationsquote angenähert werden.

5. Verbesserung der Verknüpfung kommunal- und bundesfinanzierter Eingliederungsleistungen

Kommunale Eingliederungsleistungen sind Teil der gesetzlichen Leistungen des SGB II und Bestandteil einer umfassenden und ganzheitlichen Leistungserbringung. Die Verknüpfung arbeitsmarktlicher Eingliederungsleistungen mit kommunalen Eingliederungsleistungen ermöglicht bei Arbeitsuchenden mit komplexen Profilen eine umfassende Betreuung und kann die Eingliederung in das Erwerbsleben fördern. Entsprechende lokale Zielvereinbarungen zwischen zugelassenen kommunalen Trägern und den leistungserbringenden Stellen können hierzu einen Beitrag leisten. Der Abschluss solcher Zielvereinbarungen wird befürwortet. Die Transparenz über solche Zielvereinbarungen kann die Prozesse des Voneinander-

Lernens in diesem Bereich fördern. Ziel ist ein flächendeckendes niedrigschwelliges Angebot.

(2) Hinsichtlich der Zielindikatoren und der jeweils zu berücksichtigenden Ergänzungsgrößen findet die Verordnung zur Festlegung der Kennzahlen nach § 48a des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch vom 12.08.2010 (BGBl. I S. 1152) Anwendung.

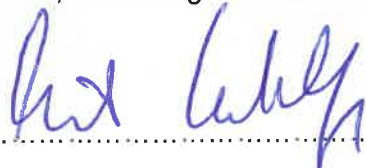
§ 4 Dialoge zur Zielerreichung

(1) Das BMAS und das MWVATT führen in vertrauensvoller Zusammenarbeit unterjährig in regelmäßigen Abständen - mindestens jedoch zweimal jährlich - direkte Dialoge zur Entwicklung in den Zielindikatoren. Der Dialog im Frühjahr 2019 wird zu den Gesamtergebnissen der Zielsteuerung 2018 geführt, welche auf Basis von Daten ohne Wartezeit ermittelt werden.

(2) Das BMAS analysiert die Zielerreichung auf der Grundlage von Daten ohne Wartezeit und stellt die Analysen den Ländern im Vorfeld der Dialoge zur Zielerreichung und zu weiteren Terminen zur Verfügung. Die Länder übermitteln dem BMAS rechtzeitig vor den Dialogen zur Zielerreichung eine schriftliche Bewertung der Analysen.

(3) Unterjährige Abweichungen von den in § 2 festgelegten Haushaltsmitteln und den gesamtwirtschaftlichen Eckwerten werden bei der Beurteilung der Zielerreichung ebenso berücksichtigt wie konjunkturelle und strukturelle Besonderheiten. Insbesondere die aus den Herausforderungen durch Zuwanderung, Flucht und Asyl resultierende Unsicherheit in der Zielplanung wird bei der Betrachtung der tatsächlichen Entwicklung im Rahmen der Zielnachhaltung angemessen berücksichtigt.

Für das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,
Arbeit, Technologie und Tourismus



Staatssekretär

Dr. Thilo Rohlf

Kiel, den

2.5.2018

Für das Bundesministerium für Arbeit und
Soziales



Staatssekretärin

Leonie Gebers

Berlin, den

24.5.2018